



Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden- Württemberg

📅 23.01.2019

FORSCHUNG

Positionspapier KI



von rechts: Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Jean-Eric Paquet, Generaldirektor der Europäischen Kommission für Forschung und Innovation, Digitalisierungsminister Thomas Strobl und Wirtschaftsstaatssekretärin Katrin Schütz.

Die Landesregierung hat in Brüssel ein Positionspapier zur Künstlichen Intelligenz an die Europäische Kommission übergeben. Baden-Württemberg möchte Antreiber für eine leistungsstarke Künstliche Intelligenz in Europa sein. Entscheidend seien der europäische Schulterschluss für Künstliche Intelligenz und Sofortmaßnahmen, um zu führenden KI-Nationen aufzuschließen, so Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

„Niemand in Europa erreicht alleine eine kritische Masse, um ein Gegengewicht zu den führenden KI-Nationen wie USA oder China aufzubauen. Baden-Württemberg will seine Stärken daher im europäischen Verbund einbringen. Europa muss Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen, um nicht weiter Boden an die Konkurrenz zu verlieren. Dies betrifft die gesamte Wertschöpfungskette – von der Spitzenforschung über den Transfer in die Wirtschaft bis zur erfolgreichen Kommerzialisierung von

Künstlicher Intelligenz. Mit unserem KI-Maßnahmenpaket leistet Baden-Württemberg seinen europäischen Beitrag dazu“, betonten Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Digitalisierungsminister Thomas Strobl am Mittwoch (23. Januar 2019) in Stuttgart.

Europäische KI-Spitzenforschung vernetzen

„Die Forschungseinrichtungen in Europa müssen besser vernetzt und europäische Förderprogramme zügig auf den Weg gebracht werden“, betonte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Das Land ist bereit, dabei einen substantiellen eigenen Beitrag zu leisten. Als Sofortmaßnahme schlägt die Landesregierung unter anderem vor, gemeinsame KI-Forschungsprojekte und -aktivitäten von Spitzeneinrichtungen zu finanzieren. „Damit verfolgen wir das Ziel, eine europäische Spitzenforschungseinrichtung nach dem Vorbild des European Molecular Biology Laboratory (EMBL) aufzubauen, an dem die forschungsstärksten europäischen Staaten beteiligt sind. Wir brauchen Austausch- und Vernetzungsprogramme für die besten Forschungsteams Europas, um bei bahnbrechenden Technologien weltweit die Nase vorn zu behalten. Das [Cyber Valley](#), ein Zusammenschluss der Universitäten Tübingen und Stuttgart sowie des Max-Planck-Instituts für Intelligente Systeme im Bereich KI, wird dabei eine zentrale Rolle spielen“, betonte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer. Außerdem sollen Doktorandenstellen gefördert und ein europäisches Nachwuchsnetzwerk gebildet werden.

Ziel von Cyber Valley ist, neue Ideen schnell in die Umsetzung zu bringen – beteiligt sind auch Partner aus der Wirtschaft. Hier werden die Forschungsaktivitäten von internationalen Key-Playern aus Wissenschaft und Industrie gebündelt. „Mit dem Cyber Valley haben wir eine der größten Forschungsk Kooperationen für Künstliche Intelligenz in Europa geschaffen. Davon erhoffen wir uns wissenschaftliche Durchbrüche und eine hohe Gründungsdynamik“, so Ministerin Bauer.

Wissenstransfer in die Wirtschaft

„Kaum ein Bereich verspricht so große Wachstumsraten wie der weltweite Markt für KI-Produkte und KI-Dienste. Das entscheidende Ziel ist, dass europäische Unternehmen an diesem stark wachsenden Markt partizipieren“, so Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut. Das Land unterstütze deshalb den Ansatz der KI-Strategie der EU, den Fokus auf den Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft zu legen.

Um die Wertschöpfung durch KI in Europa schnell zu steigern, schlägt die Landesregierung deshalb als weitere Sofortmaßnahme den massiven Ausbau und die europaweite Vernetzung von anwendungsorientierter KI-Forschung mit den etablierten Unternehmen vor. „Eine große Chance für Europa sehen wir darin, die Stärken der europäischen Wirtschaft so mit dem KI-Know-how zu verzahnen, dass zusätzliche Wertschöpfung entsteht. Gerade Baden-Württemberg mit seinen führenden Anwenderbranchen wie der Automobilwirtschaft und dem Maschinenbau, Chemie und Gesundheit und seiner Stärke im Geschäft zwischen den Unternehmen („B2B“) kann einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung von KI-Lösungen leisten, etwa in den Bereichen Robotik oder intelligente Medizin“, führte die Wirtschaftsministerin weiter aus.

Darüber hinaus mache sich die Landesregierung für die Förderung von KI Innovationsparks stark: „In den Innovationsparks wollen wir Forschungseinrichtungen, baden-württembergische und internationale Unternehmen und Start-Ups zusammenbringen. Der Innovationspark soll ‚Testfeld für die Praxistauglichkeit von KI-Anwendungen‘ und ‚Wertschöpfungszentrum für KI mit internationaler Strahlkraft sein‘“, erläuterte Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Kraut und fügte hinzu: „Die Landesregierung setzt dabei auch auf die Unterstützung durch die Europäische Union.“

Sicherheit und Ethik als zentrale Herausforderungen

„Cybersicherheit macht an den nationalen Grenzen nicht Halt. Mit Cybersicherheit steht und fällt der Erfolg einer jeden KI-und Digitalisierungsstrategie“, so Strobl. Darum hebe die Landesregierung auf KI-Lösungen ab, die sicher seien und die Privatsphäre schützen. „Der Schutz der Persönlichkeitsrechte muss zu einem Gütesiegel einer ‚KI made in Europe‘ werden. Auch müssen wir auf die internationale Bedrohungslage eine gemeinsame europäische Antwort finden und gezielt auf Innovationen mit Schwerpunkt IT-Sicherheit setzen. Ohne KI wird es uns künftig kaum mehr gelingen, Angriffe im Cyberraum abzuwehren und kritische Infrastrukturen zu sichern“, erklärte Strobl. Mit der Bereitstellung einer Professur am Kompetenzzentrum für IT-Sicherheit KASTEL am KIT und der Unterstützung von Start-ups mit Schwerpunkt IT Security (IT Security Lab) fördere das Land heute schon gezielt den Ausbau von Fachkompetenzen und erhöhe so mit innovativen Lösungen – auch unter Anwendung von Methoden der KI – die IT-Sicherheit im Land.

„KI ist aber nicht nur eine wirtschaftliche Herausforderung, sondern auch eine gesellschaftliche und ethische. Und wir wollen Digitalisierung menschlich gestalten“, betonte Ministerpräsident Kretschmann. „Deshalb müssen wir Europäer unseren eigenen Weg finden, der unseren Werten und unserem Gesellschaftssystem entspricht.“ Baden-Württemberg werde sich deshalb in die laufende Konsultation der EU-Kommission für Ethische Leitlinien für Künstliche Intelligenz aktiv einbringen.

Der Katalog mit Sofortmaßnahmen fußt auf einem Positionspapier des Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums, das dem Ministerrat am gestrigen Dienstag (22. Januar 2019) in Brüssel präsentiert wurde. Digitalisierungsminister Thomas Strobl überreichte es anschließend dem Generaldirektor der Europäischen Kommission für Forschung und Innovation Jean-Eric Paquet. „Baden-Württemberg begrüßt und unterstützt die Strategie und den Koordinierten Plan für Künstliche Intelligenz der Europäischen Union in vollem Umfang“, hoben Kretschmann und Strobl hervor. „Wir streben an, das einzigartige KI-Ökosystem in Baden-Württemberg zu einem Kristallisationskern der europäischen KI-Forschung und -Wertschöpfung auszubauen.“

Weiterführende Hinweise

Die Digitalisierung ist ein zentraler Arbeitsschwerpunkt der Landesregierung. Dazu hat sie eine Investitionsoffensive gestartet: Rund eine Milliarde Euro werden in dieser Legislaturperiode in die Digitalisierung investiert, rund die Hälfte davon fließt in den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Erstmals werden alle Vorhaben unter dem Dach des Digitalisierungsministeriums koordiniert und gebündelt.

Mit „digital@bw“ wurde im Sommer 2017 die erste, landesweite und ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie vorgestellt, die in Teamarbeit von allen Ministerien erstellt wurde. In den kommenden zwei Jahren werden dazu über 70 ganz konkrete Projekte mit einem Volumen von 265 Millionen Euro umgesetzt, um Baden-Württemberg als Leitregion des Digitalen Wandels in Europa zu verankern.

Baden-Württemberg hat sich bereits im vergangenen November als einziges Bundesland mit einem Strategiepapier in den Konsultationsprozess der Bundesregierung zur Förderung der Künstlichen Intelligenz eingebracht. Die Bundesregierung kündigte bei einem ersten Gespräch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ministerpräsident Kretschmann und Minister Strobl an, mit Baden-Württemberg bei KI enger zusammenzuarbeiten.

Weitere Informationen zur Digitalisierungsstrategie der Landesregierung unter www.digital-bw.de. Mit der Website hat die Landesregierung auch ein neues Schaufenster der Digitalisierung an den Start gebracht. Es ist das zentrale Online-Portal rund um alle Digitalisierungsthemen und -maßnahmen im Land.

[Positionspapier der Landesregierung von Baden-Württemberg](#)

Link dieser Seite:

<https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/positionspapier-ki>